

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

## Dezember 2004



### Tropenholz gegen Autos ist keine Weltformel mehr

Was macht der Kanzler in China? Muss der deutsche Regierungschef Türöffner spielen, wenn Volkswagen dort eine Fabrik für Automotoren bauen will? Er muss nicht. Aber es schadet nicht, wenn er's tut. Unangemessen wäre dagegen, das Vorhaben des deutschen Autobauers mit dem Satz zu kommentieren: „Die kapitalistischen Vaterlandsverräter gehen ins billige Ausland, und deutsche Arbeiter verlieren Lohn und Brot“. Jedenfalls wäre das nicht die ganze Wahrheit. Ökonomen würden diese Wahrheit in etwa so beschreiben: „Wenn die deutsche Wirtschaft sich weiterhin Exportchancen ausrechnen will, dann muss sie Vorprodukte und Teile in Ländern mit niedrigeren Kosten produzieren oder kaufen, damit ihr Produkt wettbewerbsfähig bleibt. Ohne billige Motoren aus Peking oder Shanghai müssten in Wolfsburg Tausende Arbeiter entlassen werden“.

In einer sich mehr und mehr vernetzenden Wirtschaft und angesichts der eindrucksvollen Aufholprozesse in vielen ehemaligen Entwicklungsländern beschreibt das Tauschpaar „Tropenholz gegen Autos“ längst nicht mehr den Welthandel. Das liegt nicht nur daran, dass sich die neuen Techniken so schnell über weite Teile der Erde verbreitet haben. Die alten Industrieländer haben zwar die Armut überwunden. Aber sie sind auch teure Lieferanten geworden, nicht zuletzt deshalb, weil sie eine lange Praxis der Sozialstaatlichkeit aufweisen. Man könnte sie – anders als im üblichen Sprachgebrauch – als Schwellenländer bezeichnen: Sie haben sich an die Schwelle der Konkurrenzunfähigkeit manövriert.

Dagegen kann man etwas mit Reformen unternehmen. Oder mit Diversifizierung und Auslagerung, beispielsweise mit dem Bau von Automotoren in China. Verbunden mit dem Namen und der Qualitätsgarantie eines deutschen Autowerkes ergibt das ein auf dem Weltmarkt verkäufliches Auto. Dazu darf auch ein Kanzler behilflich sein.

*Hans D. Barbier*

### Entwicklungsländer holen auf

Der Mitte November veröffentlichte Weltbank-Jahresbericht „Trade, Regionalism and Development“ hat für die Entwicklungsländer 2004 ein Wirtschaftswachstum von 6,1 Prozent gemessen. Die Länder liegen damit deutlich über dem weltweiten Wachstums-Durchschnitt von vier Prozent.

Viele Entwicklungsländer sind in den Jahren 2000 bis 2004 schneller vorangekommen als in der Zeit von 1990 bis 1999. Die Weltbank spricht sogar von einem „spektakulären Rückgang“ der Armut. Dies gelte nicht nur für die Schwellenländer China und Indien, sondern ebenso für die meisten anderen armen Länder. Ausnahmen bleiben weiterhin die so genannten Sub-Sahara-Staaten Afrikas.

[www.worldbank.org](http://www.worldbank.org)

### Spare in der Zeit, dann hast du in der Not

Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung schwanken im Jahresverlauf. Als „Notgroschen“ dient die so genannte Schwankungsreserve: 1975 betrug sie 7,5 Monatsausgaben, 1991 war das Polster nur noch 2,5 Monatsausgaben dick. Um die Beitragssätze stabil zu halten, hat die Bundesregierung die Schwankungsreserve mittlerweile auf 20 Prozent einer Monatsausgabe gekürzt. Die Rentenkasse hält also derzeit

Geld für eine Woche Rentenzahlung bereit.

Zum Auf und Ab der Beitragseinnahmen kommt in diesem Jahr, dass der Rentenkasse durch hohe Arbeitslosigkeit, geringe Lohnerhöhungen und mehr Rentner weniger Beiträge überwiesen wurden.

Allmählich rächt sich das Absenken der Reserve: Steigen die Beitragseinnahmen in den kommenden Monaten nicht spürbar, fehlen laut Experten der Rentenversicherung im kommenden Oktober/November rund 600 Millionen € bis zum Jahresende, die die Bundesregierung dann außerplanmäßig an die

### Rentenkasse

in Milliarden €

	Beiträge	Bundeszuschuss
1960	7,42	2,73
1965	12,12	4,13
1970	22,30	5,40
1975	39,89	9,60
1980	58,03	15,01
1985	71,79	17,16
1990	90,76	20,37
1995	116,40	30,25
1996	121,87	31,46
1997	128,20	33,64
1998	153,76	49,21
1999	160,51	49,82
2000	163,38	49,80
2001	164,69	53,34
2002	165,48	56,66
2003	169,42	61,17
2004*	167,92	54,38

\*Stand: Ende Oktober 2004

Quelle: Verband Deutscher Rentenversicherungsträger

Rentenversicherung überweisen müsste.

Wirtschaftsforscher sehen noch skeptischer ins neue Jahr: Nach ihren Prognosen benötigt die Rentenkasse bereits im nächsten September mehr Geld aus der Kasse des Bundesfinanzministers, bis Ende 2005 zwei Milliarden €. Sinken durch wachsende Arbeitslosigkeit die Einnahmen weiter und steigen die Löhne im kommenden Jahr nicht oder nur wenig, könnten sogar bis zu drei Milliarden € fehlen, für die der Bund eintreten muss. Dem ohnehin wackeligen Haushalt 2005 drohen weitere, nicht eingeplante Ausgaben in Milliardenhöhe.

### **Die Hoffnung stirbt zuletzt**

Im Gegenzug für längere Arbeitszeiten, Einschnitte bei Löhnen, Überstundenzuschlägen und anderen Zahlungen haben einige Konzerne „Jobgarantien“ für die kommenden Jahre gegeben: die Deutsche Bahn AG bis 2010, die Volkswagen AG bis 2011 und Daimler-Chrysler sogar bis 2012. Damit sind zumindest mittelfristig die Arbeitsplätze an den jeweiligen deutschen Standorten gesichert.

Was aber passiert mit der vertraglichen Zusage, wenn sich das wirtschaftliche Klima verschlechtert? Die Unternehmen können die Garantie ohne größere Probleme einseitig kündigen. Bei Volkswagen beispielsweise gibt es im Vertrag eine Kündigungsfrist von drei Monaten. Das Bekenntnis der Unternehmen zum Standort Deutschland ist keine einklagbare Zusage, sondern hat eher symbolischen Wert.

## **Auf der Suche nach der Sozialen Marktwirtschaft**

Im Klartext untersucht Monat für Monat, wie es um die Soziale Marktwirtschaft steht. Dazu werden Entwicklungen in den Bereichen Vollbeschäftigung, Eigenverantwortung und Geldwertstabilität bewertet. Das Ergebnis für 2004: Neun Mal konnte eine positive Wertung abgegeben werden, 27 Mal gab's ein Minus.

Arbeitsplätze in ausreichender Zahl, die Möglichkeit, eigenverantwortlich zu wirtschaften und dauerhaft wertbeständiges Geld: Diese drei Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben, werden von der Redaktion dieses Infobriefs Monat für Monat betrachtet und positiv oder negativ bewertet.

Der Blick auf die zwölf Monatswertungen des Jahres 2004 gibt wenig Grund zur Freude. Besonders schlecht steht es am Jahresende um die Vollbeschäftigung. Lediglich eine positive Wertung für den Zuwachs bei den Minijobs konnte vergeben werden. Angesichts von 4,3 Millionen registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt und den andauernden Problemen für junge Erwachsene, Ausbildungsplätze zu bekommen, ist die fast ausnahmslos negative Einschätzung nicht überraschend.

Tausende Firmenpleiten, die wachsende Zahl überschuldeter Privathaushalte sowie Finanzierungsprobleme in allen Bereichen der sozialen Sicherung haben auch beim Thema „Eigenverantwortung“ zu überwiegend negativen Bewertungen geführt. Weil sich auf der anderen Seite aber allmählich die Einsicht durchzusetzen scheint,

dass der Einzelne mehr in Eigenregie für die Wechselfälle des Lebens vorsorgen muss, konnte in Bezug auf die private Altersvorsorge zumindest zwei Mal ein „Plus“ vergeben werden.

### **Geldwert zwar stabil, aber...**

Um stabiles Geld mussten sich die Sparer im ablaufenden Jahr am wenigsten sorgen. Mit einer Teuerungsrate von knapp zwei Prozent droht dem Ersparten wenig Gefahr. Sechs positive Wertungen sind das Ergebnis der Jahresbilanz. Entwarnung kann trotzdem nicht gegeben werden: Es gelingt immer weniger Menschen, überhaupt in ausreichendem Maß vorzusorgen. Und wer in den neunziger Jahren vorgesorgt hat, erholt sich – wenn überhaupt – nur langsam davon, dass Erspartes in Wertpapierdepots und bei Investmentfonds weggeschmolzen ist. Inflation bedeutet, dass für den Euro weniger gekauft werden kann, wenn die Preise steigen. Geldentwertung ist es aber auch, wenn die Preise zwar relativ stabil bleiben, das Angesparte aber auf Nimmer Wiedersehen verschwindet.

Alles in allem war 2004 ein weiteres verlorenes Jahr auf dem Weg zu wirtschaftlicher Prosperität, zum „Wohlstand

für alle“. Und das, obwohl verantwortungsbewusste Politiker schon vor Jahren begonnen haben, nach Auswegen aus der andauernden Misere zu suchen. Erinnerung sei an die „Ruck-Rede“, die durch das Land ging und den „Reformstau“ beseitigen sollte. Namhafte Verbände und privat initiierte Organisationen haben zu einer „neuen“ Sozialen Marktwirtschaft aufgerufen. Ministerien, Behörden und Persönlichkeiten bilden ein „Team Deutschland“, das die Bundesrepublik fit für die Zukunft machen will.

### **Soziale Marktwirtschaft – nur wie?**

Was allen Bemühungen fehlt, ist die Einsicht, dass Soziale Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard etwas anderes ist als die heute in Deutschland betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik. Eine Rekonstruktion von Erhards Erfolgsmodell würde vor allem bedeuten, Marktwirtschaft wieder als Ordnungsprinzip anzuwenden. Heute ist die Marktwirtschaft Lenkungsinstrument in der Hand von Politik und Bürokratie. Entgegen Erhards Absicht ist im einstigen „Wirtschaftswunderland“ der Staat fast allgegenwärtig. Das zeigt sich in der politischen Praxis an den Zielen der Wirtschaftspolitik:



„Die Ungebildeten haben das Unglück, das Schwere nicht zu verstehen, dagegen verstehen die Gebildeten häufig das Leichte nicht, was ein noch viel größeres Unglück ist.“

Franz Grillparzer, österreichischer Dichter

Dauerhaft stabile Wirtschaft. Abbau der Arbeitslosigkeit. Senkung der Lohnnebenkosten. Sicherung der Sozialsysteme. Stoppen der Staatsverschuldung. All das soll durch die Politik herbei reguliert werden.

Seit langem zeigt sich, dass diese Ziele eher Wunschdenken sind: Es gibt schon über Jahre hinweg gut vier Millionen Arbeitslose. Der Schuldenberg des Staates wächst und wächst; mittlerweile haben Bund, Länder und Gemeinden 1 400 Milliarden € Schulden aufgetürmt. Die Sozialversicherungsbeiträge, jetzt schon gut 41 Prozent eines Bruttoeinkommens, werden weiter steigen. Und trotzdem fehlt an allen Ecken und Enden das Geld, um öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Auch die Absicht, eine auf Dauer angelegte Wirtschaftspolitik betreiben zu wollen, wird laufend widerlegt. Ob Steuerschätzung oder Gutachten der Forschungsinstitute: In Folge veränderter konjunktureller Entwicklungen bricht umgehend hektische Betriebssamkeit aus.

Die Unterschiede zwischen Plan und Realität resultieren aus dem Versuch, wirtschaftliche Prosperität administrativ, bürokratisch, mit Gesetzen und Verordnungen herbeizuführen, sozusagen Wachstum, Innovation und Arbeitsplätze per Dekret zu schaffen. Es gibt kaum ein wirtschaftliches Problem, für das einem findigen Politiker keine Lösung einfällt. Die Verantwortlichen initiieren folglich viel, aber sie verzetteln sich. Richtig wäre, die Prinzipien zu beleben, die einst Erhards Ord-

nungspolitik auszeichneten: eine Wirtschaftspolitik, die konsequent und überzeugend aus Leitsätzen heraus gestaltet wurde, die für jeden anschaulich waren.

### Ordnungspolitik statt Intervention

Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft hätte dafür zu sorgen, dass sich zugleich mit dem Herstellen der marktwirtschaftlichen Ordnung die soziale Lage der Bevölkerung verbessert und sich „Wohlstand für alle“ ausbreiten kann. Erhards Überzeugung war, dass marktwirtschaftliche Politik immer auf die jeweiligen sozialen Verhältnisse abgestimmt sein muss. Er hat dies erreicht, indem er bei Problemen systematisch nach marktwirtschaftlichen Lösungen gesucht und punktuelle staatliche Intervention ausgeschlossen hat.

Für Ludwig Erhard war klar, dass sich der Staat aus dem Wirtschaftsalltag heraus hält. Der Staat hat lediglich Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln setzen, damit jeder aus eigener Kraft für sich sorgen kann. Niemand darf vom Markt ausgeschlossen werden. Deshalb benötigt die Wirtschaftsverfassung der Sozialen Marktwirtschaft strenge Wettbewerbsgesetze, Gesetze, die dem Handeln der notwendigen staatlichen Instanzen und Interessengruppen Grenzen setzen, sowie Gerichte, die die Freiheit des Einzelnen dauerhaft sichern – und das nicht nur in der Wirtschaft.

Neben der spezifischen Betrachtungsweise über Aufga-

ben und Methoden der Wirtschaftspolitik ist für Erhards Soziale Marktwirtschaft eine über das Ökonomische hinausgehende Sicht kennzeichnend. Die Wirtschaft umfasst einen zentralen Lebensbereich, der angemessen geordnet sein muss, damit sich gesellschaftliche und soziale Verhältnisse zufriedenstellend entwickeln. Wirtschaften kann nur Mittel zur Existenzsicherung sein, kein Selbstzweck.

### Das Soziale der Sozialen Marktwirtschaft

Aus dem Blickwinkel des Sozialen in einer Marktwirtschaft ist vorrangig, soziale Sicherheit für alle zu schaffen: für Eigentümer durch Schutz des Eigentums vor dem willkürlichen Zugriff Dritter; für die, die ausschließlich vom Ertrag ihrer Arbeitskraft leben müssen, durch Schutz des Zugangs zum Markt. Kernpunkt dabei ist, dass jeder für sich selber sorgen kann und nicht auf Kosten anderer leben muss. Für Erhard bedeutete „sozial“ nicht, Marktwirtschaft mit möglichst viel Sozialpolitik zu verbinden. In seiner Vorstellung muss die Wirtschaftsverfassung so gestaltet sein, dass sie zugleich eine soziale Funktion erfüllt: die direkte Teilhabe aller an wirtschaftlichen Fortschritten und Zuwächsen, ohne Umwege über den Staat oder über quasi-staatliche Kassen der sozialen Hilfe – „Wohlstand für alle“ lautete Erhards Parole. Erreicht hat der „Vater des Wirtschaftswunders“ das mit einer konsequent an Freiheit orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

### In der Abwärtsspirale gefangen

Diese Grundlagen der Erhard'schen Politik bleiben bislang unbeachtet. Statt auf Eigenverantwortung, Marktkräfte und Wettbewerb zu setzen, agiert die Politik nach wie vor mit regulierenden Einzelmaßnahmen. Dabei zieht der Staat immer mehr Kompetenzen an sich und wird zugleich Opfer seiner Einmischung: Andauernde und gravierende Fehlentwicklungen haben das Denken und Handeln der Wirtschaftenden nachhaltig beeinflusst: Die Unternehmer halten sich mit Investitionen und Arbeitsplätzen zurück, weil sie nicht abschätzen können, was auf sie zukommt. Die Konsumenten kaufen weniger, weil sie angesichts der unsicheren wirtschaftlichen Perspektiven ihr Geld lieber sparen. Die Wirtschaft steckt dadurch in einer Abwärtsspirale, denn ohne Nachfrage liegen Kapazitäten in den Unternehmen brach, und es müssen Arbeitnehmer entlassen werden, die dann wiederum als Käufer ausfallen.

Aus der Sicht von Ludwig Erhard gibt es nur einen Weg aus dieser Zwickmühle. Wir brauchen eine grundsätzlich anders konzipierte Wirtschaftspolitik, eine Neubestimmung dessen, was der Staat tun und was er lassen soll. Wirtschaftspolitik im Sinne Erhards bedeutet dann: Der Staat hält sich aus dem Wirtschaftsalltag des Einzelnen heraus und unterlässt es, sich in Dinge einzumischen, die er nachweislich nicht zufriedenstellend regeln kann.

*Andreas Schirmer*

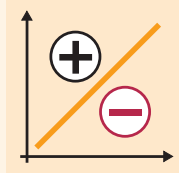


„Konjunkturell dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des kommenden Jahres leicht zurückgehen. Effekte im Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II werden jedoch voraussichtlich zu einem höheren Niveau im Jahresdurchschnitt 2005 führen.“  
Wolfgang Clement, Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft

# IM KLARTEXT

## Dezember 2004

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung



Für den Arbeitsmarkt endet das Jahr wieder deprimierend. Im November gab es 4.257.300 registrierte Arbeitslose, 73.700 mehr als vor einem Jahr – das ist der höchste Novemberstand seit 1998. Im Jahresdurchschnitt 2004 wird die Statistik gut 4,3 Millionen Erwerbslose verzeichnen. Dazu kommen die Arbeitslosen, die aus den Statistiken gefallen sind oder resigniert haben, die so genannte „Stille Reserve“. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) schätzt

sie auf mindestens 2,7 Millionen Personen.

Das wahre Ausmaß der Arbeitsmarkt-Misere ist aber noch viel größer, als die Statistiker bei der Bundesagentur für Arbeit ausweisen. Einige renommierte Ökonomen – zum Beispiel Klaus Zimmermann, Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – sehen das Ausmaß der Unterbeschäftigung noch weit größer. Vor einigen Wochen haben Wirtschaftsjournalisten summa summarum rund 8,6 Millionen Arbeitslose aufgelistet. Damit wären in Deutschland knapp 19 Prozent der Erwerbstätigen ohne Arbeit; die offiziell genannte Arbeitslosenquote für November 2004: 10,3 Prozent.

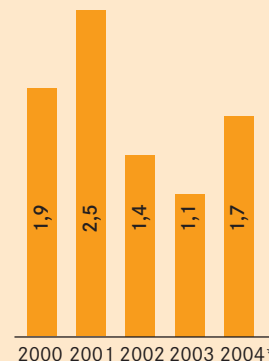
### Geldwertstabilität



Die Teuerungsrate in den Euro-Ländern betrug im Oktober 2,5 Prozent, der höchste Wert seit dem Frühjahr 2002. Hauptursache für den Höchststand war vor allem der um 50 Prozent gestiegene Preis für Rohöl. Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht für 2005 weitere Gefah-

### Preisanstieg

in Deutschland, Änderung zum Vorjahr in Prozent



\* geschätzt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesverband dt. Banken

ren für die Preisstabilität. Neben unwägbareren Entwicklungen am Ölmarkt beunruhigen die EZB-Ökonomen eventuelle Anhebungen von indirekten Steuern oder behördlich festgesetzten Preisen sowie eine kräftige Lohnrunde.

In der Bundesrepublik Deutschland wird die Jahres-Teuerungsrate mit 1,7 Prozent zum dritten Mal in Folge unter dem Wert von 2,0 Prozent bleiben. Dies gilt laut EZB-Statuten als Obergrenze für den Erhalt der Preisstabilität.

### Eigenverantwortung



Was nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und den Kosten der privaten Lebensführung bei einzelnen Privathaushalten zum Sparen übrig bleibt, hängt fraglos von der Einkommenshöhe ab. Während Selbständigenhaushalte im vergangenen Jahr knapp 21 Prozent ihres Nettoeinkommens zur Vorsorge auf die hohe Kante legen konnten, blieben bei Haushalten von Arbeitslosen nur 3,7 Prozent. Besonders problematisch: Jeder zehnte Haushalt ist nicht in der Lage, überhaupt etwas zu sparen. Vorsorgen kann aber nur, wer genügend Einkommen hat.

### Spar-Vermögen

pro Haushalt in €

	Nettoeinkommen	davon gespart
Selbständige	4 505	929
Beamte	4 444	528
Angestellte	3 471	458
Arbeiter	2 682	330
Rentner	1 986	121
Arbeitslose	1 573	59

Quelle: Gesamtverband der Dt. Versicherungswirtschaft

### Arbeitslose

Jahresdurchschnitte in Millionen

Jahr	Registrierte Arbeitslose	Stille Reserve
1997	4,38	2,72
1998	4,28	2,58
1999	4,10	2,51
2000	3,89	2,19
2001	3,85	2,32
2002	4,06	2,46
2003	4,37	2,63
2004	4,38	2,67

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsbildung

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn  
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: picture-alliance/akg-images  
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*